Landtag
Nordrhein-Westfalen
15. Wahlperiode

Ausschussprotokoll
APr 15/112
10.02.2011

Ausschuss für Familie, Kinder und Jugend

6. Sitzung (öffentlich)

10. Februar 2011

Düsseldorf – Haus des Landtags

10:00 Uhr bis 12:20 Uhr

Vorsitz: Margret Vosseler (CDU)

Protokoll: Uwe Scheidel

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Vor Eintritt in die Tagesordnung **3**

1 Gesetz zur Änderung des Landes-Immissionsschutzgesetzes (LImschG) **4**

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 15/976

Zuschrift 15/93

– Aussprache 4

Der Ausschuss für Familie, Kinder und Jugend wird an den federführenden Umweltausschuss appellieren, zum Thema "Kinderlärm" eine Anhörung zu veranstalten und pflichtig beteiligt zu werden.

2 Revision des Kinderbildungsgesetzes 7

Vorlagen 15/274, 15/317

in Verbindung mit:

3 Beitragsfreiheit in Kitas 7

Vorlage 15/267

– Aussprache 7

4 Sachstand zu den Bewilligungsbescheiden über Investitionsmittel hinsichtlich des U3-Ausbaus 16

Vorlage 15/351

– Aussprache 16

5 Verhandlungsstand mit den Kommunen hinsichtlich einer angemessenen Kostenbeteiligung am U3-Ausbau (Konnexitätsurteil des Verfassungsgerichtshofs) 18

Vorlage 15/352

– Aussprache 18

6 Verschiedenes 20

– Aussprache 20

* * *

1 Gesetz zur Änderung des Landes-Immissionsschutzgesetzes (LImschG)

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 15/976

Zuschrift 15/93

Der Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 15/976, teilt **Ausschussvorsitzende Margret Vosseler** mit, sei durch das Plenum am 20. Januar 2011 nach der ersten Lesung zur federführenden Beratung an den Ausschuss für Klimaschutz, Umwelt, Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz überwiesen worden. Der hiesige Ausschuss sei mitberatend eingebunden.

Der AFKJ führe heute seine erste Beratung durch und habe zur Abgabe eines Votums eine Frist an den federführenden Umweltausschuss laut Geschäftsordnung bis zum 31. März 2011.

Andrea Asch (GRÜNE) betont die Zuständigkeit des hiesigen Ausschusses, der sich in der Vergangenheit mehrfach mit der Frage eines gerichtlichen Verbots von Kindertagesstätten, Bolz- und Kinderspielplätzen in Wohngebieten auseinandergesetzt habe. Einschlägige Anträge, die dem entgegenwirken sollten, hätten die CDU-Fraktion und ihre Fraktion bereits in der vorherigen Legislaturperiode vorgelegt. Kinderlärm und Baulärm dürften nicht gleichgestellt werden.

Mit ihrem Gesetzentwurf schaffe die rot-grüne Landesregierung endlich Fakten, die ihre Fraktion begrüße. Immerhin habe auch die hessische Regierung unter einem CDU-Ministerpräsidenten schon im Jahre 2005 einen Vorstoß im Bundesrat unternommen. 2009 sei die bayerische Staatsregierung aktiv geworden. Nach zahlreichen Versuchen in der Vergangenheit packe die rot-grüne Landesregierung das Problem an und wolle für Rechtssicherheit sorgen.

Dass nach Vorstellungen der Senioren-Union Kinderlärm mit Baulärm gleichgesetzt und nicht privilegiert werden solle, empfinde sie als skandalös. Offenbar sei an der Front ein Krieg der Generationen ausgebrochen, der den Versuch torpediere, für mehr Rechtssicherheit zu sorgen. Sie hoffe, dass die CDU-Landtagsfraktion in Nordrhein-Westfalen ihrer bisherigen Linie treu bleibe und sich dem nicht anschließe.

In einer Volkspartei wie der CDU, bemerkt **Bernhard Tenhumberg (CDU),** gebe es eben zahlreiche unterschiedliche Meinungsbilder. Die CDU-Landtagsfraktion habe sich schon 2009/2010 klar positioniert. Seinerzeit wäre es wünschenswert gewesen, wenn sich SPD und Grüne angeschlossen hätten.

Angesichts der Bedeutsamkeit des Themas hätte er sich die Federführung im hiesigen Ausschuss gewünscht. Effektive Lösungen erreiche man wohl nur über die Bundesebene, weil landesgesetzliche Regelungen nicht für die gewünschte Eindeutigkeit sorgen könnten. Initiativen seien auf den Weg gebracht worden.

In der Intention, so **Bodo Löttgen (CDU),** ließen sich zwischen der seinerzeitigen Initiative seiner Fraktion und dem jetzigen Gesetzentwurf der Landesregierung keine großen Differenzen ausmachen. Die Reaktion der Senioren-Union, auf die die Abgeordnete Asch verwiesen habe, belege den gesamtgesellschaftlichen Charakter des Themas. Dem federführenden Ausschuss solle eine Anhörung empfohlen werden, um alle gesellschaftlichen Positionen zu beleuchten und vor Verabschiedung des Gesetzentwurfs einen Konsens herbeizuführen.

Da Kinderlärm zumutbar sein müsse, äußert **Dr. Carolin Butterwegge (LINKE),** begrüße ihre Fraktion den Gesetzentwurf. Das gelte umso mehr, als es um die mögliche Ansiedlung von Einrichtungen für Unter-Dreijährige gehe.

Eine Diskussion, wie sie jetzt geführt werden, erinnert **Andrea Asch (GRÜNE),** habe es auch schon Herbst 2009 gegeben. Allgemeine Appelle an die Landesregierung, wie sie seinerzeit CDU und FDP formuliert hätten, seien ohne Resonanz geblieben. Der Bundestagsdrucksache 16/813 sei zu entnehmen, dass Regelungen zur Bekämpfung des Lärms von sozialen Einrichtungen, Sport- und Freizeitanlagen wie Kindergärten, Jugendheimen, Spielplätzen … als Anlagen mit überwiegend lokaler Bedeutung künftig in die ausschließliche Gesetzgebungskompetenz der Länder fielen. – Dafür habe die Landesregierung jetzt die notwendigen Initiativen ergriffen. Das Umweltministerium als das für den Immissionsschutz zuständige Ministerium habe einen Gesetzentwurf vorgelegt. Wie positionierten sich die anderen Fraktionen?

Wolfgang Jörg (SPD) sieht Zustimmung auf Seiten der CDU-Landtagsfraktion. Der AFKJ solle einen Impuls gegenüber dem federführenden Umweltausschuss setzen. Er, Jörg, würde eine Anhörung begrüßen.

Seine Fraktion könne dem Gesetzentwurf zustimmen, legt **Marcel Hafke (FDP)** dar. Für die FDP sei "Kinderlärm" von jeher "Zukunftsmusik".

Vor dem abschließend zu formulierenden Votum, bemerkt **Bodo Löttgen (CDU),** tage der hiesige Ausschuss noch einmal. Werde der federführende Ausschuss, möchte der Abgeordnete wissen, zum Thema eine Anhörung beantragen? Das Thema solle auf einer breiten gesellschaftlichen Basis diskutiert werden. Deshalb solle der Antrag heute ohne Votum geschoben und der federführende Ausschuss gebeten werden, eine solche Anhörung zu veranstalten.

Andrea Asch (GRÜNE) begrüßt einen gemeinsamen Appell aller Fraktionen an den federführenden Ausschuss, eine Anhörung zu veranstalten, an der sich der AFKJ pflichtig beteiligen werde. Sie sehe einem breiten Konsens in diese Richtung.

Der Ausschuss für Familie, Kinder und Jugend wird an den federführenden Umweltausschuss appellieren, zum Thema "Kinderlärm" eine Anhörung zu veranstalten und pflichtig beteiligt zu werden.